



# JHA

über die  
2. Sitzung des Jugendhilfeausschusses  
am Montag, dem 05.07.2010  
im Sitzungssaal II

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:30 Uhr

Anwesend

SPD

Frau Marion Dyduch  
Herr Heiko Klanke  
Frau Annette Mann  
Frau Ursula Müller

CDU

Frau Ina Scharrenbach  
Herr Franz Hugo Weber

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Alexandra Möller

Stimmberechtigtes Mitglied gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 1 SGB VIII

Herr Detlef Maidorn

Stimmberechtigte Mitglieder gem. § 71 Abs. 1 Ziffer 2 SGB VIII

Herr Hans-Jörg Brand  
Frau Susanne Hartmann  
Herr Bernhard Krüger  
Herr Johannes W. Schurgacz

Beratende Mitglieder gem. § 5 Abs. 3 AG-KJHG

Herr Kunibert-Josef Kampmann

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. j der Satzung für das Jugendamt

Frau Christina Fiegler  
Frau Gertrud Sändker

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 Buchst. k der Satzung für das Jugendamt

Frau Heike Schaumann

DIE LINKE / GAL  
Frau Gabriele Lenkenhoff

Gäste  
Frau Frau Holm, GPA

Entschuldigt fehlten  
Herr Dr. Ingo Arndt  
Frau Kathrin Bohn  
Herr Friedhelm Kock  
Frau Sigrid Köhler  
Herr Ludger Krampe  
Herr Martin Kusber  
Herr Herbert Ritter  
Frau Nicola Zühlke

Vertreter der Verwaltung  
Herr Reiner Brüggemann  
Herr Jürgen Dunker  
Herr Klaus Güldenhaupt  
Frau Janine Klösener  
Herr Gerhard Peske

Die Ausschussvorsitzende, Frau **Dyduch**, eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung und begrüßte die Ausschussmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung, die Mitarbeiterinnen der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA), die Gäste und die Vertreter der Presse.

Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

Als neues Mitglied wurde Herr Maidorn vorgestellt und sogleich verpflichtet.

## A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die Personal- und Organisationsuntersuchung des Jugendamtes	
2	Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren hier: Benennung zweier Einrichtungen für die Jahre 2010 und 2011	051/2010
3	Errichtung einer Kindertageseinrichtung durch die Familienbande Familiennetzwerke e. V.	052/2010
4	Ferienaktionen 2010	
5	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die Personal- und Organisationsuntersuchung des Jugendamtes

Herr **Brüggemann** berichtete einleitend, dass bereits Ende der 90er Jahre eine interne Organisationsuntersuchung durchgeführt wurde. Als Ergebnis dieser Untersuchung wurde der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) von sechs auf sieben Stellen erweitert, sowie ein Entwicklungs- und Controllingteam (ECT) eingerichtet, um flexibel auf die Gegebenheiten des Fachbereiches reagieren zu können.

Das ECT habe wahrgenommen, dass der ASD unter einer starken Belastung leide. Um zu prüfen, ob diese Belastung weiterhin zu verantworten sei, wurde eine externe Organisations- und Personaluntersuchung durch die GPA installiert. Auftrag der GPA war die objektive Bewertung des Fachbereiches.

Die Ergebnisse der Untersuchung wurden verwaltungsintern vorbesprochen. Herr **Brüggemann** machte deutlich, dass es sich zwar um abgestimmte Strukturen, aber nicht um vorformulierte Wunschergebnisse handle.

Frau **Holm** von der GPA stellte anhand einer Powerpointpräsentation (siehe Anlage 1) eine Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse vor.

Neben der strukturierten Reflektion von Personaleinsatz, Leistungsorganisation, Qualität der Aufgabenerledigung und Finanzmitteleinsatz waren u. a. Fragen nach der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung und der Optimierungsmöglichkeiten der Geschäftsprozesse Grundlage der Organisationsuntersuchung.

Im Folgenden wurden die Ergebnisse der einzelnen Bereiche in Hinblick auf die Personalausstattung und denkbaren Optimierungsmöglichkeiten beleuchtet.

Fazit war, dass - unter Berücksichtigung von Personalverschiebungen - die Personalausstattung grundsätzlich auskömmlich ist.

Frau **Scharrenbach** dankte der GPA für den Bericht und regte zum einen an, dass die Präsentation der Niederschrift beigefügt werde und zum anderen, dass der Prüfungsbericht den Fraktionen für die interne Beratung zur

Verfügung gestellt werde.

Dem Ergebnis, dass der Fachbereich offensichtlich nicht unterbesetzt sei, stehe sie positiv gegenüber.

Auf die Nachfrage von Frau **Scharrenbach** teilte Frau **Holm** mit, dass zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Optimierung der Prozessabläufe zunächst keine Investitionen mit zusätzlichen Kosten verbunden wären. Eine Verschiebung des Personals sei aus Sicht der GPA ausreichend. Herr **Klanke** fragte an, ob der Jugendhilfeausschuss über den weiteren Verlauf und über mögliche Umsetzungen informiert werde.

Auf Nachfrage von Frau **Möller** erklärte Frau **Holm**, dass die GPA überörtliche Prüfungen von ca. 50 mittleren Kommunen durchgeführt habe. Als Benchmark wurde die Kommune innerhalb der Vergleichskommunen ermittelt, die einen guten Wert gesteuert erreiche, d. h. dass die Kennzahlenergebnisse insgesamt stimmig seien und nicht nur durch z. B. eine gute Sozialstruktur erreicht wurden.

Die Berichte können den Fraktionen zur internen vertraulichen Beratung zur Verfügung gestellt werden, teilte Herr **Brüggemann** mit.

Auch wenn die Verwaltung nicht in allen Punkten mit der GPA übereinstimme, seien die grundsätzlichen Ergebnisse als positiv zu betrachten.

Die Umsetzung des Berichtes werde einige Zeit in Anspruch nehmen. Der Jugendhilfeausschuss werde jedoch über Auswirkungen informiert werden.

Herr **Güldenhaupt** ergänzte, dass mit den Mitarbeitern des Fachbereiches Jugend intensive Diskussionen stattgefunden haben. Jedoch seien die Zahlen vom letzten Jahr teilweise schon wieder überholt. Ein Workshop zu fachlichen Fragestellungen in Hilfeplanverfahren werde in Zusammenarbeit mit den Landschaftsverband Westfalen-Lippe organisiert.

Die Einarbeitung von derzeit drei neuen Kollegen im ASD verstärke den bestehenden Arbeitsdruck.

Herr **Brüggemann** gab bekannt, dass im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe ursprünglich 4,5 Millionen € veranschlagt wurden. Dieser Ansatz wurde um 500 T€ reduziert, da durch eine konsequente Weiterentwicklung von ambulanten Hilfen Heimunterbringen vermieden werden sollten. Er habe die Absenkung der Mittelanmeldung des Fachbereichs auf 4,0 Millionen € nach Erörterung mit der GPA veranlasst.

Es zeichne sich bereits ab, dass dieser Ansatz nicht auskömmlich sei. Es werden mindestens 200 T€ mehr benötigt. Nach der Sommerpause werde dem Jugendhilfeausschuss genaue Zahlen und Hochrechnungen des Produktes „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ vorlegt.

Trotz möglicher Sparvorhaben werde der Fachbereich verantwortlich im Sinne des Gesetzes handeln, um das Kindeswohl zu schützen, betonte Frau **Dyduch**.

Das der Ansatz des Produktes „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ nicht genau planbar sei, hänge mit der menschlichen Entwicklung zu-

sammen, die sich nicht im Vorfeld in Fallzahlen messen ließe. Der verstärkte Einsatz von Profifamilien könne ein Option für die Zukunft seien, teilte Frau **Scharrenbach** mit.

Herr **Brüggemann** informierte, dass der Förderverein für Jugendhilfe (FörJu) Personal flexibel einsetzen könne, um kurzfristig auf besondere Situationen zu reagieren. Die Kosten in Höhe von 100 T€ für den Förderverein helfe dem Produkt „Hilfen für junge Menschen und ihre Familien“ Kosteneinsparungen zu erzielen.

Herr **Güldenhaupt** berichtete, dass der Bereich Pflegekinderdienst bereits um eine Stelle erweitert wurde. Ziel sei es, Heimkosten möglichst zu reduzieren, denn der Fachbereich fahre weiterhin die Linie: „ambulant vor stationär“.

Abschließend teilte Frau **Dyduch** mit, dass das Material der GPA dem Ausschuss bzw. den Fraktionen zur Verfügung gestellt werde.

Zu TOP 2.  
051/2010

Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren hier: Benennung zweier Einrichtungen für die Jahre 2010 und 2011

Herr **Schurgacz** erklärte sich für befangen. Er nahm an der Beratung und Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht teil.

Einleitend berichtete Herr **Güldenhaupt**, dass die Verwaltung für die Weiterentwicklung zu Familienzentren großen Wert auf die Trägervielfalt und die Verteilung innerhalb der Sozialräume gelegt habe. Wenn der Ausschuss dem Vorschlag der Verwaltung zustimme, wären in Kamen-Mitte alle vier Träger (ausgenommen die Elterninitiative) mit einem Familienzentrum ausgestattet.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Weiterentwicklung zum Familienzentren der Ev. Kindertageseinrichtung Kämerstraße in diesem Jahr und der Katholischen Kindertageseinrichtung „Heilige Familie“ für 2011

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 3.  
052/2010

Errichtung einer Kindertageseinrichtung durch die Familienbande Familiennetzwerke e. V.

Herr **Güldenhaupt** führte aus, dass Vorhaben der Familienbande Familiennetzwerk Kamen e. V., die bereits im März 2010 als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt wurden, als ein sehr innovatives Projekt seitens der Verwaltung begrüßt werde.

Durch den, aufgrund von Gruppenumwandlungen verbundenen, Verlust von Plätzen für Kinder ab 3 Jahren, sehe die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Jugendhilfeplanung eine Chance den u3-Bereich verantwortlich weiterzuentwickeln.

Geplant sei weiterhin, eine Tagespflegegruppe mit bis zu neun u3-Kindern in den Räumen der Familienbande zu installieren.

Auf Nachfrage von Frau **Lenkenhoff** berichtete Herr **Brüggemann**, dass das bestehende Gebäude saniert und in gleicher Komplexität ein weiteres Gebäude errichtet werde. Geplant sei, neben der Kindertageseinrichtung und möglicher Kindertagespflege zwei Hebammenpraxen, ein Café und weitere umfangreiche Informations- und Beratungsangebote zu installieren.

Weiterhin werde die Anerkennung des Mütterzentrums als Familienbildungsstätte angestrebt.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass es sich bei dem Projekt um einen Beschluss „auf Vorrat“ handle. Das Projekt stehe unter dem Vorbehalt, dass es finanziell auch realisierbar sei.

Insbesondere Frau **Möller** erklärte in einer angeregten Diskussion, dass sie sich eine eingehende Vorstellung des Projektes der Familienbande, welches sie insgesamt als positiv werte, gewünscht hätte. Da das Konzept der Familienbande mehrere Bereiche der Verwaltung tangiere, wurde durch Frau **Scharrenbach** bemerkt, dass es sinnvoll gewesen wäre, das Projekt in einer gemeinsamen Sitzung mit den anderen beteiligten Ausschüssen vorzustellen.

Herr **Brüggemann** erklärte deutlich, dass das Projekt eingehend durch den Vorstand der Familienbande im Sozialausschuss vorgestellt wurde. Der JHA sei nur mit einem Teilbereich der Aktivitäten der Familienbande Familiennetzwerke e. V., also mit der Beabsichtigung der Errichtung einer Kindertageseinrichtung und der Betreuung von Kindern in der Tagespflege befasst. Insofern gelte hier das gleiche Verfahren, dass auch für andere Träger geübte parlamentarische Praxis sei. Diese Vorlage liege vor. Im Übrigen hätten die Fraktionen die Möglichkeit gehabt, sich entsprechend zu informieren und haben das bisher auch getan.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Einrichtung einer eingruppigen Kindertageseinrichtung der Gruppenform I für Kinder im Alter von 2 bis 6 Jahren.

Träger der Einrichtung: Familienbande Familiennetzwerk Kamen e.V.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 4.

Ferienaktionen 2010

Herr **Dunker** verwies auf den Ferien Fun Kalender.

Aus haushaltstechnischen Gründen und aufgrund von finanziell eingeschränkten Möglichkeiten der Eltern seien in diesem Jahr erstmals die Freizeiten für Kinder- und Jugendliche gestrichen worden.

Alternativ wurde das Programm der Sommerferien von Grund auf neugestaltet. Ziel war es, in Kooperation mit Vereinen und Kirchen auf dem Kamenener Markt ein zentrales Reisebüro für Jugendliche im Alter von 13 bis 17 einzurichten. Auftaktsveranstaltung werde die „School's Out for summer“ Party im Gemeindehaus Südkamen seien. Abschließen werde das Sommerferienprogramm mit über 100 Veranstaltungen mit dem bekannten „Fest

der Farben“.

Weitere Highlights seien die politische 5-Tages-Fahrt nach Berlin und die Gedenkstättenfahrt nach Krakau. Durch die Teilnehmerbeiträge und die Zuschüsse des Landschaftsverband Westfalen-Lippe seien diese Fahrten kostendeckend.

Für Kinder werde weiterhin das etablierte „Mini-Kamen“ angeboten.

Herr **Kampmann** berichtete, dass das Ferienprogramm aufgrund der umfangreichen Werbung in den Schulen von den Schülern gut angenommen werde.

Herr **Klanke** lobte das umfassende Angebot und zeigte sich zuversichtlich, dass das Projekt ein großer Erfolg werde.

Die Frage, ob bedürftige Kinder mit der „Aktion gegen Kinderarmut“ gefördert werden, bejahte Herr **Dunker**.

Frau **Mann** schloss sich dem Lob der Vorredner an und verwies auf die gute Aufmachung des Flyers.

Auf Anfrage von Herrn **Weber** teilte Herr **Dunker** mit, dass auch Ferienfreizeiten, die stark gefördert werden, nicht mehr in dem Umfang nachgefragt werden.

Frau **Scharrenbach** erkundigte sich, ob die politische Fahrt nach Berlin auch überparteilich organisiert werde.

Dies sei selbstverständlich, antwortete Herr **Dunker**.

Den Wegfall der Ferienfreizeiten sei bedauerlich, teilte Herr **Maidorn** mit. Aber auch er lobte das alternative Projekt, welches der Fachbereich Jugend organisiert habe.

Frau **Lenkenhoff** fragte nach, wie das Reisebüro für Jugendliche grundsätzlich gestaltet sei.

Ferner wies sie darauf hin, dass die Fahrt nach Berlin mit Kosten in Höhe von 199 € verbunden sei. Da es sich anscheinend nicht um eine Einladung des Bundestagsabgeordneten handle, sei davon auszugehen, dass die Fahrt überparteilich sei.

In einigen Fällen sei die Platzzahl zwar begrenzt, aber in den meisten Fällen können sich die Jugendlichen flexibel anmelden, berichtete Herr **Dunker**.

Um die Mobilität zu gewährleisten werden zwei Bullis für die Sommerferien abgestellt, berichtete Herr **Güldenhaupt**. Ferner hoffe man auf eine positive Begleitung durch die Presse, damit das Projekt ein großer Erfolg werde.

Abschließend teilte Herr **Maidorn** mit, dass er sich wünsche, dass die Angebote auch in Zukunft aufrechterhalten werden können.

Zu TOP 5.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Herr **Peske** legte den erstellten Geschäftsbericht des Jugendamtes des Jahres 2009 vor.

Herr **Güldenhaupt** ergänzte, dass nunmehr mit den Daten des Geschäftsberichtes umfangreiche Informationen für die Arbeit im Jugendhilfeausschuss vorgelegt seien.

Anfragen

Herr **Klanke** fragte an, wie sich die weitere Entwicklung des Familienservices gestalten, da dieser krankheitsbedingt ruhen musste.

Herr **Güldenhaupt** berichtete, dass die Mitarbeiterin länger erkrankt gewesen sei. Ab dem 12.07.2010 werde die Kollegin in reduziertem Stundenumfang den Dienst wieder antreten.

Frau **Scharrenbach** stellte fest, dass der Sozialbericht zwar in den Jugendhilfeausschuss eingebracht wurde, aber noch nicht beraten worden sei. Sie machte den Vorschlag, dies in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Familien- und Sozialausschuss nachzuholen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Datenstrukturen auch eine Grundlage für die politische Schwerpunktsetzung in der Fraktionsarbeit sein könnten. Die Verwaltung des Jugendamtes orientiere sich bei ihren Steuerungsmaßnahmen und Projekten an Ansprüchen aus der Jugendhilfeplanung, in die selbstverständlich die Sozialdaten einfließen. Von daher seien die vorgelegten Berichte, wie auch in der Vorlage beschrieben, geeignete Grundlage für die Arbeit in Politik und Verwaltung.

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen lagen nicht vor. Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Marion Dyduch  
Vorsitzende

gez. Klaus Güldenhaupt  
Schriftführer

**Anlagen** 1 = Powerpointpräsentation der GPA